

Einladung zur Veranstaltungsreihe

Atommüll für die Ewigkeit

*Risiken zwischen Atomausstieg und
„Endlagerung“*

mit dem Bundestagsabgeordneten

Hubertus Zdebel

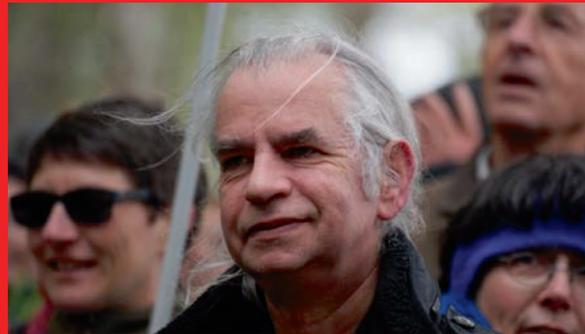
Sprecher für Atomausstieg der Fraktion
DIE LINKE und Mitglied in der „Endlager-
Kommission“.

Info-Veranstaltungen Februar 2016
Mittwoch, 10., 19 Uhr, Pizzeria In2Due
Markgröninger Str. 33, 71701 Schwieberdingen

Donnerstag 11., 19 Uhr Genusswerkstatt,
Rauchstr. 3, 74076 Heilbronn

Freitag 12., 19 Uhr Gästehaus Rotes Tor, Rote-
Tor-Straße 52, 76661 Philippsburg

DIE LINKE.



Immer noch dauern die Atomkatastrophen von Fukushima und Tschernobyl an. Der Atomausstieg in Deutschland ist beschlossen, aber erst in den Jahren 2021/22 werden die letzten sechs Reaktoren abgeschaltet. In Baden Württemberg sind die Blöcke 1 der AKWs in Neckarwestheim und Philippsburg abgeschaltet worden. Nun wird der Abriss dieser Anlagen vorbereitet. Philippsburg2 darf noch bis Ende 2019 Atomstrom, Risiken und Atommüll erzeugen. Neckarwestheim 2 wird das noch bis Ende 2022 tun dürfen. Dabei ist klar: Im Zuge der Energiewende wird der Atomstrom gar nicht mehr gebraucht, die Abschaltung der Atomgefahren wäre sofort möglich.

Doch selbst wenn die Reaktoren endlich alle vom Netz sind: Aus dem Atommüll können wir nicht aussteigen. Für eine Million Jahre müssen diese gefährlichen Atomabfälle möglichst sicher gelagert werden. Doch wo und wie das gehen soll,

ist bis heute ungeklärt. Eine so genannte „Endlager-Kommission“ im Bundestag ist derzeit dabei, die Anforderungen an ein solches Lager zu klären und eine vergleichende Standortsuche vorzubereiten. Bis dahin lagern die hochradioaktiven Atomabfälle in Castor-Behältern verpackt in „Zwischenlagern“ an den AKW Standorten. Schon heute ist klar: Die bislang genehmigten Fristen für die Zwischenlagerung von 40 Jahren wird nicht ausreichen, der Atommüll deutlich länger vor Ort bleiben.

Zusätzlich zu dem Atommüll, der bereits an den AKW-Standorten gelagert wird oder noch durch den Betrieb der AKWs entsteht, soll weiterer Atommüll aus der Wiederaufarbeitung im französischen La Hague zurück nach Deutschland transportiert werden. Voraussichtlich fünf Castor-Behälter sollen in das Zwischenlager nach Philippsburg. Dazu muss die bestehende Genehmigung erweitert werden, denn bislang darf nur Atommüll ins Zwischenlager, der im AKW Philippsburg erzeugt wurde. Nach derzeitigen Kenntnissen wird das Genehmigungsverfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden.

Auch mit dem Abriss der Atommeiler sind viele Gefahren verbunden: Dabei entstehen große Menge leicht- und mittelradioaktiver

Abfälle. Die sollten eigentlich in das im Ausbau befindlichen „Endlager“ nach Salzgitter in den Schacht Konrad. Doch immer neue Probleme haben den Ausbau immer weiter verzögert. Derzeit wird von einer Inbetriebnahme ca. 2024 gesprochen. Weil ein Abtransport dieser Abfälle also „in den Sternen steht“, entstehen neue Zwischenlager für diese Abfälle vor Ort. Ein weiteres Problem sind die sehr niedrig strahlenden Abfälle: Bauschutt, Beton, Stahl. Unterhalb einer bestimmten Grenze, werden diese nicht als Atommüll behandelt, sondern dürfen nach einer Freimessung wie normaler Abfall entweder auf Deponien abgelagert oder auch recycelt werden.

Zwar ist die Strahlung dieser Abfälle sehr gering, dafür fallen aber beim Abriss der Atomanlagen großen Mengen, die nach der Freimessung ohne jede weitere Kontrolle in Umlauf gelangen. Das kann zu Strahlungskonzentrationen führen. Grundsätzlich gilt: Es gibt keinen Schwellwert, unterhalb dem Strahlung ohne Risiken ist. Deshalb steht die heutige Praxis in der Kritik und deshalb wird auch die für diese Abfälle ein Kontrollsystem gefordert.

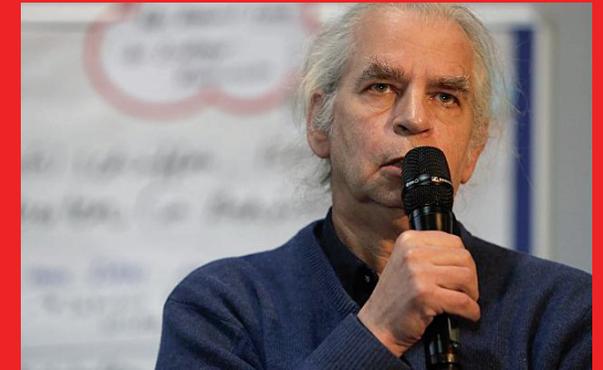
Forderungen:

- > Alle Atomkraftwerke sofort abschalten.
- > Es braucht eine umfassende gesellschaftliche Beteiligung und einen gesellschaftlichen Konsens, um die möglichst sichere Lagerung der Atomabfälle zu erreichen.
- > Die Sicherheitsanforderungen an die Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle müssen verbessert werden. Die Einlagerung von Abfällen aus Frankreich dürfen nur mit einer Öffentlichkeitsbeteiligung geplant werden.
- > Bei der Stilllegung der Atomanlagen müssen BürgerInnen besser beteiligt werden und die Sicherheitsanforderungen auch für die „Freimess-Abfälle“ erhöht werden.

Haben Sie Fragen?

Möchten Sie weitere Informationen?
Über die Arbeit von Hubertus Zdebel im Deutschen Bundestag informieren sie sich auf der Homepage:

www.hubertus-zdebel.de.



Oder nehmen Sie Kontakt auf:

Hubertus Zdebel, MdB, Bundestagsfraktion
DIE LINKE, Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-74332
Fax: +49 30 227-76332
hubertus.zdebel@bundestag.de